

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Im letzteren Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.50
= (ohne Erzeugnisse oder Postgebühren.)
= Inseratspreis pro sechsstelliger Postzettel 20 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

= Grösste Abonnentenzahl =
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.
Druck und Verlag von Adam Etsenne in Oestrich.
Fernsprecher No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in
Oestrich-Winkel u. Umgebung.

No 53

Donnerstag, den 8. Mai 1919

70. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Warenausfuhr.

F. V. 197. Um die Ausfuhr von Statistiken zu ermöglichen, die so genau wie nur möglich sein sollen, hat die französische Wirtschaftsabteilung der Armee angeordnet, daß die Anträge auf Ausfuhrbewilligung den ungefähren Ort der Waren angeben, für welche die Ausfuhrbewilligung nachgesucht wird.

Es liegt kein Grund vor, zu befürchten, daß eine derartige Angabe eine Schädigung der Interessen der Beteiligten zur Folge haben könne, dadurch, daß etwa die Konkurrenz aus den Angaben Nutzen ziehen könnte. Dies trifft nicht zu, denn die Anträge kommen Niemanden zur Kenntnis während der Bearbeitung auf den Bureau der Wirtschaftsabteilung.

Es wird noch darauf hingewiesen, daß bei der Prüfung der eingehenden Anträge die Befolgung dieser Vorschrift insofern berücksichtigt werden wird, als Anträge, welche Wertangaben enthalten, in erster Linie zur Erledigung kommen.

Veröffentlicht auf Anordnung des Herrn mit. Kreisverwalters.

Rüdesheim a. Rh., den 5. Mai 1919.

Der Landrat.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 12 und des § 15 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Verordnungsregelung vom 25. September 1915 wird nach Anhörung mit dem Herrn Administrateur superieur du District hierdurch angeordnet, daß innerhalb des französisch besetzten Teils des Regierungsbezirks die auf den seitherigen Bestimmungen der zuständigen Zentralstellen im Reich und Staat beruhende Zwangsbewirtschaftung von Eiern bis auf Weiteres bestehen bleibt, jedoch mit folgenden Maßnahmen:

1. Die Anzahl der ablieferungspflichtigen Eier je Huhn wird von 30 auf 15 herabgesetzt. Den Kommunalverbänden wird eine weitere Herabsetzung, jedoch nicht unter 10 überlassen.
2. Die erfassten Eier sind in erster Linie zur Versorgung der Kranken nach Maßgabe des Erlasses des Preussischen Staatskommissars für Volksernährung vom 2. März 1917 bestimmt.
3. Soweit diese Krankenversorgung nicht aus den im eigenen Kommunalverband zu erfassenden Eiermengen sichergestellt werden kann, sind die bisher als Ueberfluß-Kommunalverbände geltenden Kreise zur Ablieferung von Eiern an die seither als Bedarfs-Kommunalverbände anerkannten Kreise verpflichtet.

Wiesbaden, den 26. April 1919.

Der Regierungspräsident.

S. R.

gez.: Dröge.

Wird veröffentlicht!

Rüdesheim a. Rh., den 5. Mai 1919.

Der Kreisaußschuß des Rheingaukreises.

Beim Ausgehen

Vegetationskarten

nicht vergessen!

Die Konferenz von Versailles.

Die Ueberreichung des Präliminarfriedensvertrags. — Die Unterzeichnung des Friedensvertrags zwischen 3. und 5. Juni zu erwarten.

Paris, 6. Mai. (Havas. Ämtlich.) Wilson, Lloyd George und Clemenceau versammelten sich am Montag, um sich über die im Trianon-Palast zu den Sitzungen der Konferenz getroffenen Verfügungen Rechenschaft abzulegen. Bei der Mittwoch-Sitzung, in der der Präliminarfriedensvertrag der deutschen Abordnung überreicht wird, werden zugelassen: die Bevollmächtigten der Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Dominions, Frankreich, Japan, Italien, Belgien, Brasilien, Griechenlands, Portugal, Rumänien, Serbiens, Polens und der tschechoslowakischen Republik.

Die Bevollmächtigten werden von je einem Sekretär für jede der Mächte begleitet sein. Es wurde gleichfalls beschlossen, daß Vertreter der Presse zugelassen werden, und zwar in einer Gesamtzahl von drei bis vier für die Großmächte und die die Dominions, zehn für die Mächte mit besonderen Interessen. Die deutsche Delegation wird durch sechs Bevollmächtigte, begleitet von Sekretären und fünf Zeitungskorrespondenten, vertreten sein. Die Ueberreichung des Vorfriedensvertrags wird um 3 Uhr nachmittags erfolgen.

Die Feierlichkeiten werden nur kurz sein. Ministerpräsident Clemenceau hält vor Ueberreichung des Friedensinstruments eine Ansprache. Ob Graf Brockdorff-Rantzau antworten wird, ist noch ungewiss. Die Deutschen sollen eine Frist von 14 Tagen haben, um schriftliche Bemerkungen vorzubringen, so daß diese am 22. Mai zu erwarten sind. Den Deutschen soll kein Hindernis in den Weg gestellt werden, Sendboten nach Berlin zu schicken.

Die Unterzeichnung des Vertrags ist zwischen dem 3. und 5. Juni zu erwarten.

Paris, 5. Mai. Man erwartet, daß die Veröffentlichung des Textes der Friedenspräliminarien in der französischen Presse voraussichtlich am Donnerstag stattfindet.

Der Plan einer alliierten Anleihe an Deutschland.

Amsterdam, 5. Mai. „Liberté“ meldet, daß die Vereinigten Staaten den englischen Plan betreffs einer Anleihe an Deutschland nicht verworfen haben. Die Besprechungen darüber sind fortgesetzt worden. Das Blatt meint, daß, falls Einigung zustande komme, wichtige Änderungen in dem Friedensvertrag ausgeführt werden.

Vor dem Friedensschluß.

Ueberreichung der Friedensurkunde.

Sollte die Uebergabe des Friedensvertragsentwurfs nicht in Wäde erfolgen können, so ist es wahrscheinlich, daß die beiden Reichsminister Giesberts und Landsberg insofern dringender dienstlicher Inanspruchnahme in ihren heimischen Kreisen nach Berlin reisen, um sich dann zu dem gegebenen Zeitpunkt wieder nach Versailles zurückzugeben, um bei der Entgegennahme des Vertragsentwurfs zugegen zu sein.

Auf die Anfrage der deutschen Delegation, wann die Friedensurkunde überreicht werden würde, ist die Antwort eingegangen, daß die Ueberreichung am Mittwoch, den 7. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Trianonpalast stattfinden werde.

Der Friedensvertrag.

„Echo de Paris“ meldet, daß der Friedensvertrag folgende Punkte umfasse: 1. Einleitung. 2. Deutsche Grenzen. 3. Bestimmungen über die Grenzverschiebungen. 4. Deutsche Kolonien. 5. Bestimmungen mit türkischer, serbischer und jugoslawischer Natur. 6. Die Kriegsgefangenen. 7. Vorgehen gegen Wilhelm 2. und die schuldigen Deutschen. 8. und 9. finanzielle Entschädigungen. 10. Wirtschaftliche Bestimmungen. 11. Häfen, Wasserstraßen und Eisenbahnen. 12. Internationale Arbeitsgesetzgebung. 13. Garantien. 14. Allgemeine Bestimmungen und internationale Organisation.

Graf Brockdorff-Rantzau.

Aus einer Unterredung mit dem Grafen Brockdorff-Rantzau teilt ein Sonderberichterstatter des „Berl. Vol. Anz.“ aus Versailles mit:

Der Graf sagte: Ich gehe bei einigen Leuten als Scharfmacher, aber das sind Leute, die mich nicht kennen. Es fällt mir nicht ein, etwas zu tun, was die heikle Lage noch heikler machen könnte. Wo sich die Möglichkeit einer Annäherung ergibt, wird sie von mir verfolgt. Halten Sie es nicht für eine Phrase, wenn ich sage: Ich kenne keinen anderen Ehrgeiz als den, meinem Lande nach bester Einsicht zu dienen. Es ist auch falsch, daß ich jemals die Politik verfolgt hätte, auf Mißlichkeiten zwischen den Alliierten zu hoffen. Eine solche Spekulation hätte ich für eine schlechte Politik, weil sie unehrlich, töricht und ausichtslos ist.

Wilson.

Es verlautet, daß Präsident Wilson am 25. Mai abreisen wird, weil seine Anwesenheit Anfang Juni in den Vereinigten Staaten unerlässlich sei. Es wird daraus geschlossen, daß bis zu diesem Zeitpunkt der Friede zu unterzeichnen sein würde. Laut Mitteilungen wird Wilson den amerikanischen Kongress auf den 1. Juni einberufen.

Befriedigend.

Nach Meldungen aus Paris wurde am Donnerstag morgen im Elysee unter dem Vorsitz Poincarés ein außerordentlicher französischer Ministerrat abgehalten, dem sämtliche Minister und Staatssekretäre beizuhören. Clemenceau machte in dieser Sitzung Mitteilung vom Friedensvertrag. Er gab eine vollständige Uebersicht über diesen Vertrag. Die technischen Bestimmungen desselben wurden der Reihe nach von den dafür in Frage kommenden Ministern auseinandergesetzt. Die verschiedenen Ausführungen über den Inhalt der einzelnen Artikel machten, wie die Havas-Agentur meldet, einen vollkommen befriedigenden Eindruck.

Oesterreich und Ungarn.

Der Rat der Drei hat beschlossen, die österreichischen und ungarischen Delegierten einzuladen, über nächste Woche nach Versailles zu kommen, um die ihre Länder betreffenden Friedensbedingungen in Empfang zu nehmen.

Was wird aus den deutschen Schiffen?

Nach einer Konferenz-Meldung der „Daily Mail“ herrschen in der noch ungelösten Frage der deutschen Schiffe zwei Strömungen. Die eine soll dafür sein, daß jedes Land die in seiner Gewalt befindlichen feindlichen Schiffe behält, wogegen die andere aus diesen Schiffen eine Flotte bilden und daraus die Verteilung nach Maßgabe der erlittenen Verluste vornehmen möchte. Das Verhältnis zwischen den eigenen Schiffverlusten und den beschlagnahmten feindlichen Schiffen ergibt folgende Aufstellung:

Großbritannien	7 756 000 Tonnen Verluste, 3 480 000 Tonnen beschlagnahmt.
Frankreich	900 000 Tonnen Verluste, 450 000 Tonnen beschlagnahmt.
Brasilien	250 000 Tonnen gegen 200 000 Tonnen, die Vereinigten Staaten 400 000 gegen 600 000 Tonnen.

Hünningen soll schweizerisch werden?

Die Schweizer „Sentinelle“ meldet, verhandelt Bundesrat Ador in Paris auch über die Frage von Hünningen, das die Alliierten der Schweiz anbieten werden, um ihr an günstiger Stelle einen Rheinbofen zu ermöglichen. Hünningen liegt wenige Kilometer nördlich von Basel auf elassischem Gebiete.

Neue Verhandlungen über Rohstofflieferungen.

Am 4. Mai teilte General Rudant im Auftrage von Marshall Foch mit:

Die deutsche Regierung wird ersucht, die Zusammenkunft am 6. Mai in Spa für aufgehoben zu betrachten. Die Verhandlungen über die Ausführung des Protokolls von Luxemburg sollen in Versailles stattfinden. Die deutsche Regierung wird ersucht, schnellstens dorthin ihre Delegierten dorthin zu entsenden, daß die Verhandlungen spätestens am 9. Mai beginnen können.

Deutschland und Polen.

Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt aus dem Sitzungsbericht vom 4. Mai mit: Auf die an Marshall Foch gerichtete Note des Reichsministers Erzberger über die polnischen Angriffsabsichten überreichte die französische Kommission in Spa am 4. Mai folgende Antwort:

Herr Baderowski, Chef der polnischen Regierung, dementiert auf das Bestimmteste, daß die polnische Regierung heraufschreiende Absichten gegen Polen und Oberschlesien hätte, und daß die polnischen Streitkräfte dorthin geschickt worden seien. Er fügt hinzu, daß, wenn Truppenbewegungen in diesen Gebieten beobachtet worden sind, es sich nur um lokale Truppenabteilungen handelte, die die Ablösung oder die Verproviantierung der schon dort stationierten Truppen sichern. Soviel er wisse, seien keine polnischen Truppen in Oberschlesien, außer vielleicht in der Gegend von Teschen, die für Deutschland ohne Interesse ist. Herr Baderowski erklärt außerdem, daß Polen entschlossen ist, die Bedingungen des mit Deutschland abgeschlossenen Waffenstillstandes respektlos einzuhalten. Bringen Sie diese Erklärung gefälligst zur Kenntnis der deutschen Regierung.

Gliückliches Dänemark.

Der dänische Verkehrsminister Haffsing Jørgensen hat einen Vortrag über das Thema „Gliückliches Dänemark“ gehalten, in dem er nach der Kopenhagener Zeitung „Børsen“ folgendes ausführte:

Ein Rückblick auf die Gelbtausgaben während der Kriegsjahre hat ergeben, daß dieselben für Kriegszwecke und für Feuerungszulagen insgesamt 900 Mill. Kronen betragen haben, von welcher Summe 665 Millionen Kronen durch außerordentliche Steuern gedeckt wurden. Die Staatsschuld erhöhte sich um 416 Millionen Kronen, allerdings bei einem um 133 Millionen Kronen höheren Rassenbestand. Die wirtschaftliche allgemeine Lage des Landes hat sich so abet-

feri, daß die Schulden von 1 Milliarde Kronen an das Ausland im Jahre 1914 sich in ein Guthaben von einer Milliarde im Auslande verwandelt haben — ein einzig dastehender Fall, wenn auch heute eine Milliarde nicht mehr so viel bedeutet. Jedenfalls ist Dänemark wirtschaftlich so gestärkt und hat dank der finanziellen Lage solche guten Zukunftsaussichten, daß jeder Anlaß vorliegt zu dem Ausruf: „Glückliches Dänemark!“

Dänemark hat während des Krieges eben außerordentlich viel verdient und als Beispiel dafür wird im „Tag“ von einem Reisenden, der Dänemark besuchte, u. a. ausgeführt, daß man dort sogar Buttermarken eingeführt hatte, aber zu welchem Zweck? Der Verfasser schreibt darüber:

Gerade die Nationierung der Butter in dem kulturellen Dänemark verdient Erwähnung. Sie geschieht nicht etwa aus Buttermangel, sondern um möglichst viele Butter für die Ausfuhr übrig zu behalten, um an Deutschland verkauft zu werden zu der dreifachen Höhe des Inlandpreises, der durch unseren schlechten Valutastand noch eine weitere gewaltige Erhöhung erfährt. Daß diesem Verfahren der großen Not in Deutschland gegenüber ein Gedanke der Menschlichkeit fernliege, bedarf keiner besonderen Erklärung.

Bayern.

Die Münchener Spartakistenführer.

Der Schriftleiter der „Roten Fahne“ der Kommunisten Quander, der noch zuletzt Polizeipräsident war, ist standrechtlich erschossen worden. Dr. Rerkle vom Ministerium des Innern, der schon Eisners Revolutionsgefängnis war, wurde verhaftet. Auf den Münchener Friedhöfen lagen am Samstag Abend bereits 179 Tote aus den Straßenkämpfen und standrechtlich Erschossenen.

Dr. Levien, der in seinem Flugzeug flüchten wollte, mußte in Augsburg notlanden und konnte dabei verhaftet werden.

Neue Kämpfe in München.

Die Ruhe, die am Sonntag Vormittag in München herrschte, wurde in den Nachmittagsstunden durch neue Straßenkämpfe unterbrochen, die an der Marlaferne und in der Dachauer Straße tobten. Durch die Wirkungen der Artillerie sind insbesondere am Stachus große Gebäudebeschädigungen entstanden. Im Gebäude der Polizeidirektion wurde das Meldeamt stark beschädigt. Die Strafregister für den Sicherheitsgerichtsbezirk München und die Verbrecherphotographien sind vernichtet. Die Nachricht von der Tötung Landauers bestätigt sich. Der Spartakistenführer Ragler wurde erschossen. Das gleiche Schicksal teilte Senthelm, der gefangen genommen wurde und den bei einem Fluchtversuch die Kugel traf.

Die Opfer.

Nach einem Bericht des bayerischen Schützenkorps sind an eigenen Verlusten bis jetzt 3 Tote und 24 Verwundete gemeldet. Die Spartakisten haben 47 Tote. Es ist jetzt einwandfrei festgestellt, daß die zwölf unglücklichen Geiseln ohne jede Verwundung am 30. April erschossen worden sind.

Die Ermordung der Geiseln.

Der von den Münchener Kommunisten hingerichtete Maler Dr. Ernst Berger stand im 33. Lebensjahr und war in Wien geboren. Er ist nach dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ besonders als Kunsthistoriker bekannt geworden. Seine Verdienste um die Kunstgeschichte, zur Malerei, zur Kunsttechnik, deren Geschichte er in einem vierbändigen Werk behandelte, und seine Versuche zur Wiederherstellung der römischen und pompejanischen Technik der Wandmalerei u. a. m. haben in Kunstkreisen lebhaften Anteil erweckt. Berger gab auch die Münchener Kunsttechnischen Blätter, eine Zeitschrift, die in Leipzig erscheinenden Werkstatt der Kunst, heraus. — Prinz Gustav v. Thurn und Taxis von der österreichischen Linie war 31 Jahre alt und ein Sohn des verstorbenen Prinzen Franz und der Gräfin Grimaud von Orly in Kleinfeld. Er hat in München gelebt und mit dem Regensburg-Familienchef wegen Vermögensangelegenheiten einen Rechtsstreit geführt. — Gräfin Paula v. Westarp war eine Tochter zweiter Ehe des vor vier Jahren in München verstorbenen Schriftstellers Graf Adolf von Westarp; sie stand im 34. Lebensjahre und war unverheiratet. Durch ihre Mutter war sie mit dem Kommandeur der in München einmarschierenden Regierungstruppen, dem Generalleutnant v. Oden, verwandt, ihre Mutter und der Generalleutnant sind Ende des 1846 verstorbenen Konsistorialrates v. Oden.

Streikmörder.

Der Streikwahnsinn treibt ungeheuerliche Blüten. Nicht nur Arbeitslosen und Missethäter, sondern auch Zwang, Terrorismus, brutale Roheit sind die Begleiter und Folgen des Streikfeuers. Welche geistige Verwilderung und Gewissensverrohung möglich ist, zeigt ein Vorgang in Berlin gelegentlich des dortigen allgemeinen Angestelltenstreiks. Im Verlauf dieses Streiks wurden auch die Angestellten der Firma Handelsgesellschaft deutscher Apotheker von der Zentralleitung gezwungen, sich an dem unsinnigen Streik zu beteiligen. Auf Grund einer Verlautbarung der Zentralleitung, wonach die dem öffentlichen Wohle dienenden notwendigen Einrichtungen vom Streik ausgeschlossen sein sollten, erhoben die Angestellten der Handelsgesellschaft gegen die Zumutung, sich am Streik zu beteiligen, entschiedenen Einspruch. Der Obmann der betreffenden Angestellten wies in einer Verhandlung mit der Zentralleitung darauf hin, daß fast sämtliche deutschen Apotheken von der Berliner Handelsgesellschaft mit Arzneimitteln beliefert würden. Ein Streik der Angestellten in der Berliner Firma würde somit zu einer Gefährdung der Apothekenbetriebe führen. Die Belieferung der Kranken mit Medikamenten käme ins Stocken und die Kranken würden die Leidtragenden sein. Darauf wurde von dem Vorsitz der Zentralleitung wörtlich die unglaubliche Antwort erteilt:

„Und wenn zehntausend Kranke daran sterben ist das auch egal; Sie haben zu streiken.“

Zu dieser ungeheuerlichen Roheit bemerkt die „Apothekerzeitung“, Organ des deutschen Apothekervereins, der wir diese aufsehenerregende Mitteilung entnehmen, folgendes:

„Diese von einem Willkürherrschaftsgeist sondergleichen zeugende Antwort verdient in weitesten Kreisen bekannt zu werden und sei deshalb hiermit festgenagelt.“

Der Weser-Danau-Kanal wird als erstes der wichtigen deutschen Kanalprojekte mit Unterstützung der Reichsregierung nun zur Ausführung gelangen. Der wirtschaftlich außerordentlich wichtige Verbindungsanal, dessen künftige Lage aus unserer beifolgenden Karte hervor-



Zum Bau des Weser-Danau-Kanals.

geht, stellt eine direkte Verbindung von der Weser über die Werra nach dem Main, über Bamberg bis zur Donau her und ist auch im Hinblick auf die ungünstige Lage der deutschen Eisenbahnen von gesteigerter Bedeutung.

Merke! Nachrichten.

Wild-West in Hamburg.

Das waren tolle Tage in Hamburg. Nachdem wochenlang vorher Gerüchte umhergeschwirrt waren, daß die Kommunisten und ihr Anhang neue Gewalttaten planten, erwachte eines schönen Tages der sonst so lustige Stadtteil St. Pauli unter dem Schreckensregiment einer regelrecht organisierten Verbrecherrarmee. Verohnungslos aus seinem Hause auf die Straße hinaus trat, oder wenn sein Weg nach St. Pauli führte, mußte mit einem Ueberfall rechnen. Jemanden Trupp Banditen vertritt ihm den Weg, ohreißt ihn, kößt ihn gegen die Brust, preßt ihm die Gurgel oder nötigt ihn auch nur schonend mit vorgehaltenem Revolver, seine Verfassungen herauszugeben. Die Bande durchzog nicht nur diesen Stadtteil, sondern auch andere Gegenden Hamburgs, vielfach mit Lastautos, drang in Villen ein und raubte, was nicht mit- und nagelst war. Es herrschte vollkommene Anarchie. Das gemeinste Verbrecherrgiment regierte die Stunde. Tagelang sah die sogenannte Staatsgewalt in Hamburg, offenbar noch nicht schlüssig, ob es sich um Spartakisten oder gemeine Langfinger handelte, dem Treiben gemächlich zu, denn die Schur, beizeiten scharf zuzugreifen, einen Tropfen „Bruderblut“ zu vergießen oder auch nur das Partigefühl der Revolverhelden durch das Angebot von Ordnungstruppen zu verletzen, ist groß. Erst als man hart vor der Wahrnehmung stand, daß die unmittelbare Auslieferung Hamburgs an Lothfänger und Räuber drohte, entschloß man sich, rücksichtslos vorzugehen. Man legte nicht nur das lustige St. Pauli, sondern auch die von dunklen Schlußwinkeln noch immer, trotz der „Sanierung“, durchzogene Neustadt in regelrechten Drahtverhaue, schickte zum Sturm ausgerüstete Sicherheitstruppen in den umschlossenen Ring, ließ jedes verdächtige Haus durchsuchen, Massenverhaftungen und Massenbeschlagnahmen von Diebesgut vornehmen und erklärte obenbrein noch den Belagerungszustand. Hätte man das alles rechtzeitig getan, wäre viel Unheil verhütet und der höchst bedauerliche und entwürdigende Zustand einer Verbrecherrherrschaft über Hamburg unmöglich gemacht worden. Dieser Zustand war äußerst gefährlich: er wirkte ansehnend wie ein Flugfeuer und hätte leicht auch die schlimmsten Folgen für die Nahrungsmittelzufuhr im Freihafen haben können.

Oberschlesien.

Der Streik auf den ober-schlesischen Gruben ist beendet. Alle Gruben arbeiten; auch die Kleinwägen Gruben.

Das Ende der ungarischen Räterepublik.

Der Funktion des bayerischen Schützenkorps C p p hat folgenden Funkpruch des Eisentums aufgenommen: Ein Telegramm teilt mit, daß die ungarische Räterepublik die Bedingungen der Alliierten angenommen hat, die unverzügliche Kapitulation der Regierung, ihre Abdankung, die Ablieferung von Waffen und Munition und die Befreiung von Budapest durch die Alliierten enthalten.

Der Personenverkehr auf dem Rhein.

Wie die „Internationale Telegraphen-Agentur“ erfährt ist bisher nicht mit der Möglichkeit zu rechnen, daß der Personenverkehr auf dem Rhein in der Sommerzeit wieder aufgenommen werden kann. Eine der hauptsächlichsten Schwierigkeiten liegt in der Befreiung der Kohlen. Man erwägt jedoch für den Fall, daß sich die Kohlennot beseitigen läßt innerhalb der Zonen und unter Vermeidung der Anlegepunkte an den Ufern des unbesetzten Deutschlands einen beschränkten Personenverkehr einzuführen, der dem Bedürfnis des Publikums nach Erholung in etwas gerecht werden dürfte.

Das verlaßte Reichstagsgebäude.

An eine Plenarversammlung der Nationalversammlung in Berlin denkt man einweilen noch nicht. Zwar muß man die Möglichkeit im Auge behalten. Deshalb unternimmt der Direktor des Reich-

stages, Geheimrat Jungheim, jetzt Nachforschungen in Berlin nach einem unter Umständen verfügbaren Sitzungsraum. Das Reichstagsgebäude ist absolut unbrauchbar, da es vollkommen verfallen ist. Zur Befestigung dieses Lebenslandes gibt es zwei Methoden: entweder bearbeitet man das Gebäude mit giftigen Gasen, die natürlich nicht absolut wirken, weil sie leichter als Luft sind und deshalb nach oben steigen; oder man läßt das Innere des Gebäudes 40 Tage lang vollkommen leer, das soll zur Vernichtung der Tiere führen. Die Verdrängung des Ungeziefers durch giftige Gase würde einen Kostenaufwand von 80 000 Mk. erfordern. Die Instandsetzung des ganzen Gebäudes, in dem „das deutsche Volk“ beispiellos gehaust hat, wird eine halbe Million erfordern.

Die Kaiserfamilie.

Die „Times“ meldet über den Aufenthalt der Kaiserlichen Familie: Außer dem Kaiser, der Kaiserin und dem Kronprinzen, die in Holland wohnen, ist die ganze Familie des deutschen Kaisers in Deutschland geblieben. Die Kronprinzessin Cecilie lebt mit ihren fünf Kindern im Schloß zu Potsdam. Prinz Eitel, der aus dem Heeresdienst ausgeschieden ist, wohnt mit seiner Frau in der Villa Jugenheim. Prinz Adalbert hat die Marine verlassen, wohnt aber in Kiel. Prinz August, dessen Palast in der Wilhelmstraße beschlagnahmt ist, lebt als Gast mit seiner Frau bei einem reichen Kaufmann. Prinz Oskar und seine morganatische Frau leben bei den Eltern der letzteren in Mecklenburg. Prinz Joachim bewohnt ein Privathaus in Potsdam, während die Tochter des Kaisers und ihr Gatte, der Herzog von Braunschweig, in Gmund wohnen. Prinz Heinrich lebt mit seiner Familie in Kiel.

Rückkehr der Chinadeutschen.

Die deutsche Bitte, daß die mit den Chindeutschen zurückkehrenden Schiffe von Rotterdam in deutsche Häfen geleitet werden möchten, ist nach Mitteilung von zuständiger Stelle abgelehnt worden. Es können keine Zeitangaben gemacht werden, wann die Schiffe in Rotterdam ankommen. Die Zahlen der an Bord befindlichen Deutschen sind die folgenden: Dampfer Navarra 152 Männer, 215 Frauen, 193 Kinder; Dampfer Nora: 153 Männer, 185 Frauen, 240 Kinder; Dampfer Atticus: 691 Männer; Dampfer Antioch: 173 Männer, 36 Frauen, 123 Kinder.

Der Arbeitszwang.

In die Zeit der Streiks und mutwilligen Arbeitseinstellungen hinein kommt aus Oberschlesien die Mitteilung, daß man die im ober-schlesischen Industriegebiet streikenden Arbeiter durch Gefängnisstrafe zurechtgefordert hat, innerhalb ganz kurzer Zeit die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Staatskommissar für Schlesien, der mehrheitssozialistische preussische Abgeordnete Hörsing, hat diesen Befehl gegeben, der den einzelnen Arbeitern schriftlich zugehört wurde. Er war unvermeidlich geworden, nachdem der Streik bereits die Gefährdung der Wirtschaft und zu den größten wirtschaftlichen Gefahren für Oberschlesien hätte führen können. Die Militarisierung der Arbeit ist am ersten Tage ohne jede Störung vor sich gegangen. Ungefähr 70 v. H. der gesamten Arbeiterschaft sind an der Arbeit erschienen, 30 v. H. blieben fern. Es sind das hauptsächlich Arbeiter aus der Stadt Hindenburg; sie haben, wie man hört, die Gefängnisstrafe noch nicht erhalten können. Die Reichsregierung glaubt, daß solche Maßnahmen geeignet sind, in gefährdeten Bezirken in rascher Zeit die Wiederaufnahme der Arbeit herbeizuführen.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

— In Weimar sind, wie die „Post. Ztg.“ meldet, mehr als 100 Abgeordnete versammelt, die meisten, weil sie das Telegramm des Präsidiums Friedrichs über den Wegfall der Dienstreise-Erklärung und die Presseerklärungen nicht rechtzeitig erhalten haben. Vollständig weilt die Fraktion der Deutschen Volkspartei in Weimar.

— Der Gesandtschaftsrat über das Mitbestimmungsrecht der Angestellten soll in seiner ersten Sitzung vom Reichsarbeitsamt fertiggestellt worden sein.

— Wie aus Berlin berichtet wird, soll vom 1. Juli ab die Kontingentierung von Papier für Bücher und Zeitschriften aufgehoben werden. Dagegen ist die Meldung einer Berliner Korrespondenz, wonach auch die Kontingentierung von Zeitungsdruckpapier jetzt aufgehoben werden soll, verfrüht.

— Wie aus Berlin gemeldet wird, liegt dem Staatsauschuß eine Vorlage vor, die die Schadenersatzfrage für die Schäden infolge der Spartakusunruhen regelt. Der Entwurf bringt die Verteilung der Schäden auf Reich, Staat und Gemeinden. Die Reichsregierung stellt sich mit diesem Entwurf auf den Standpunkt, daß es unbillig wäre, die Schäden allein von den Gemeinden, namentlich der Stadt Berlin tragen zu lassen, da ein großer Teil der Schäden als Kriegsschäden zu gelten hätten, die im Kampfe zwischen Regierungstruppen und Aufständischen entstanden sind. Die Vorlage wird der Nationalversammlung demnächst zugehen.

Eine Dienstbotensteuer?

In der Münchener Wochenschrift „Der Volksstaat“ schlägt Dr. Löwe eine Dienstbotensteuer vor. Ein einzelnes Dienstmädchen kann als Luxus kaum betrachtet werden und wäre deshalb nicht oder nur minimal zu besteuern. In Italien beispielsweise zahlt man für ein einzelnes Dienstmädchen oder eine Aufwartsfrau 2 Krants monatlich, also einen Betrag, der jedem, der sich überhaupt ein Dienstmädchen hält, ersparig ist. Das ist ein zweites Dienstmädchen oder einer Aufwartsfrau neben dem Dienstmädchen dürfte bei kinderreichen Familien ebenfalls nur minimal versteuert werden, wogegen eine kinderlose Familie, die sich zwei Dienstmädchen hält, ohne Zweifel dafür 100 Mark jährlich zahlen kann. Die Befreiung einer dritten dienenden Person in einem Haushalt ist dagegen auf alle Fälle ein Luxus, den sich nur sehr wohlhabende Leute erlauben können und ist deshalb mit 300 Mark Jahressteuer nicht zu hoch veranschlagt. Wer sich gar einen Diener hält, kann dafür zweifelslos auch 500 Mark jährlich Steuern bezahlen. Selbstverständlich muß dabei stets den Spezialverhältnissen Rechnung getragen werden. Es darf also beispielsweise für das Halten von Dienstboten auf dem Lande, bei Kerzen etc. nicht ohne weiteres dieselbe Steuer verlangt werden als bei

Freiwillen. Ein großer Teil der ländlichen Dienstboten ist tatsächlich zu den Arbeitern, weil sie ja nicht in dem Haushalt, sondern im Betriebe beschäftigt werden. Deshalb verhält es sich bei manchen Geschäftsleuten. Diese bleiben also selbstverständlich unbesenzt.

Gerichtszeitung.

(S) Der Prozeß Liebnecht. Der Prozeß wegen der Erschießung von Dr. Karl Liebnecht, der bekanntlich nach erfolgter Verhaftung auf der Flucht ums Leben kam, und wegen der Tötung von Rosa Luxemburg, die nach ihrer Verhaftung von einer erregten Volksmenge den Begleitern entrißen wurde, beginnt am 7. Mai und wird, wie die „Freiheit“ berichtet, voraussichtlich drei oder vier Tage dauern. Da die Angeklagten sämtlich dem Garde-Kavallerie-Jägerkorps angehören, und diese Formation noch mobil ist, werden die Verhandlungen vor einem Feldkriegsgericht stattfinden. Ein Rechtsmittel gegen das Urteil eines solchen Gerichts gibt es nicht. Das Gericht wird von zwei Kriegsgerichtsräten, einem Offizier, einem Unteroffizier und einem Jäger besetzt sein. Die angeklagten Offiziere werden durch den Rechtsanwalt Fritz Grünsoch vertreten. Der Hauptangeklagte, Dr. Karl Liebnecht, wird in zwei Fällen angeklagt, soll auf Antrag seines Verteidigers auf seine Zurechnungsfähigkeit geprüft werden, da er infolge einer Schädelverletzung ein Jahr lang im Krankenhaus zugebracht hat und auch während des Festzuges einen Säbelhieb gegen die rechte Schläfe erhalten hat. Die Rechtsvertreter der Angeklagten von Karl Liebnecht und Rosa Luxemburg sind der Spartakist Dr. Theodor Liebnecht und der Unabhängige Dr. Kurt Rosenfeld. Sie haben jede Vertretung an der Verhandlung abgelehnt, weil die Angeklagten nicht vor die Revolutionskommission gestellt sind, was die „Freiheit“ und die „Rote Fahne“ gefordert haben.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Erhöhung der Brotpreise.

Am Radebeim a. Rh. 3. Mai. Durch die Verteuerung der Kohlen und die Steigerung der Arbeitslöhne sah sich die Bäcker-Vereinsvereinigung des Kreises veranlaßt, die Erhöhung der Brotpreise zu beantragen. Der Kreis-Ausschuß hat dem begründeten Antrage stattgegeben und mit Anordnung vom 29. April 1919 die Brotpreise wie folgt erhöht:

Moggenbrot von Mk. 1,30 auf 1,40 Mk.
Grahambrot von Mk. —,64 auf —,75 Mk.
Weißbrot von Mk. —,70 auf —,80 Mk.

Eine gleiche Erhöhung der Brotpreise wurde übrigens seitens der Kreise Wiesbaden Stadt und Land schon vor längerer Zeit vorgenommen.

Die Einfuhr von Zeitungen und Zeitschriften, die aus dem unbesetzten Deutschland kommen.

St. B. 198. Radebeim, 6. Mai. Der General-Anzeiger von Ludwigshafen veröffentlicht eine Nachricht, nach welcher die Einfuhr einer großen Anzahl von Fachzeitschriften aus dem unbesetzten Deutschland nach den besetzten Gebieten erlaubt sein soll. Außerdem gibt der Bund der Gewerbetreibenden der Pfalz die Namen der Zeitungen bekannt, deren Einfuhr durch die französische Wirtschaftsabteilung in Ludwigshafen erlaubt wurde. Diese beiden Nachrichten stehen jeder Grundlage. Es wird in Erinnerung gebracht, daß nur der interalliierte Wirtschaftsausschuß die Einfuhr von Zeitungen und Zeitschriften aus Deutschland nach den besetzten Gebieten erlauben kann. Diesbezügliche Anfragen sind an das Hauptquartier der 10. Armee, Affaires Civiles, in Mainz zu richten. Die Personen, die auf Zeitungen oder Zeitschriften, die in Deutschland veröffentlicht werden, abzielen, ohne sich der Einfuhrfreiheit derselben zu überlegen, laufen Gefahr, unnötige Unkosten zu haben.

Die Lage der Gemeindebeamten.

< Von der Ortsgruppe der Gemeindebeamten des Rheingaukreises in Radebeim wird uns geschrieben: In dem „Rheingauer Bürgerfreund“ Nr. 51 abgedruckte Artikel eines Gemeindebeamten zeigt wieder einmal, wie wenig Interesse gerade die Gemeindebeamten ihrer Organisation entgegenbringen. Der Artikelsschreiber will einen Zusammenschluß der Gemeindebeamten herbeiführen. Hat der Herr nie etwas von dem Verband der Gemeindebeamten und seiner Tätigkeit gehört? Ist ihm nichts von der Unterorganisation in dem Rheingaukreis bekannt? Für den oberen Rheingaukreis besteht eine Ortsgruppe der Gemeindebeamten in Eltville und für den unteren Teil des Rheingaukreises eine solche in Radebeim. Die letztere Ortsgruppe hat erst vor 14 Tagen eine größere Versammlung in Weisenheim abgehalten, in der auch die Angelegenheiten der Gemeindebeamten eingehend besprochen wurden. Der Bezirksverband in Wiesbaden hat sich bis jetzt die wesentlichste Mühe gegeben, um die Lage der Gemeindebeamten zu verbessern. Die Erfolge hier aufzuführen, würde zu weit führen. Der Verband begrüßt die Anregungen der einzelnen Beamten mit Freuden und hat leider immer wieder darauf hinweisen müssen, daß in den Kreisen der Gemeindebeamten eine Laune herrscht, gegen die bisher vergebens angekämpft wurde. Einerseits fürchtete man vor Vergeßlichkeit, andererseits der Verlaß auf andere, die die Lage die Schelle anhängen können, lassen den Gemeindebeamten nicht hervortreten. Es muß aber gesehen und werden es sehr bedauern, wenn der oben erwähnte Artikelsschreiber bei seiner Ortsgruppe eine Unterfütterung seiner Überzeugungen nicht gefunden hätte oder hat er sich an diese überhaupt noch nicht gewandt? Wenn die Ortsgruppenverbände die notwendige Regsamkeit und Energie in der Vertretung der Gemeindebeamteninteressen vermissen lassen, müssen Schritte bei dem Reg.-Bez.-Verbande in Wiesbaden zur Beschaffung der Mittel unternommen werden und in allen Dingen müssen die Gemeindebeamten am Orte der Tätigkeit für eine Reinigung unter ihren Vertretern sorgen. Wer gut organisiert ist, kann seine Forderungen mit der notwendigen Kraft vorbringen und der Erfolg wird ihm nicht verweigert bleiben. Für die Gemeindebeamten ist es die höchste Zeit, zu einem einheitlichen kraftvollen Zusammenschluß zu kommen, wenn sie von den Ereignissen nicht an die Wand gedrückt werden will. Darum darf es

keinen Gemeindebeamten geben, der nicht Mitglied einer Ortsgruppe und des Zentralverbandes der Gemeindebeamten ist. In jeder Gemeinde sind bereits Mitglieder und wir richten auch an dieser Stelle die Bitte an Sie, werden für den Verband.

Diebstahl.

— Erbach, Rhg., 6. Mai. In der Nacht von Montag auf Dienstag wurde dem Hirschenmacher Johann Debus seine bei Gastwirt Erlenwein zum Trocknen aufgehängte Wäsche, sowie Herr Erlenwein verschiedene Wäsche und 5 Hühner und ein Hahn gestohlen. Ferner in derselben Nacht Herr Spengler Peter Schmitt verschiedene Wäschestücke und eine brüllende Gans von den Eiern hinweg gestohlen. Die Spuren zeigten nach dem Friedhofe, woselbst man verschiedene Federn und Blutspuren von der abgeschlachteten Gans vorfand.

Mathews Müller, Kommanditgesellschaft auf Aktien.

* Eltville, 7. Mai. Die Generalversammlung beschloß für das Geschäftsjahr 1918 die Verteilung einer Dividende von 15 Proz. (wie im Vorjahr) und 5 Prozent Bonus. — Alle Angestellten und Arbeiter, von denen ein großer Teil über 30—40 Jahre bei der Firma tätig ist, erhalten eine wirtschaftliche Beihilfe in Höhe von 100 Mk. für jedes Dienstjahr einschließlich der Kriegsjahre.

Kurbetrieb.

* Schlangenbad, 7. Mai. Die Aussichten für den diesjährigen Kurbetrieb sind recht trübe. Während die Inhaber von Hotels und Pensionen mit den Erfolgen der vier Kriegsjahre recht zufrieden sein konnten, hat es den Anschein, als ob sich im laufenden Jahre eine Kur überhaupt nicht entwickeln würde. Besatzungstruppen, die bis vor einiger Zeit noch in sehr großer Zahl im Orte untergebracht waren, haben ihre Quartiere zwar jetzt geräumt, doch rechnet man mit neuer Einquartierung. Auch sind die Lebensmittelpreise im Unterarmutskreis zurzeit derart ungünstig, daß Schlangenbad mit einer Belieferung für Kurgäste aller Wahrscheinlichkeit nach nicht wird rechnen können.

Die Besserung des Marktkurses.

* Am 3. Mai erfolgte in Berlin ein weiterer Rückgang der fremden Wechselkurse. Holland fiel von 485 auf 475, Dänemark von 307 auf 300 und Schweden von 255 1/2 auf 243 1/2. In Zürich notierte Deutschland am 2. Mai 48,75, was gegen den letzten Tiefstand von 36,10 eine außerordentliche Erholung bedeutet.

Pflichtvergeßen.

* Ihrer Mutterpflichten scheint sich eine Frau in Dieblich nicht bewußt zu sein, die allabendlich nach Wiesbaden zum Tanzen zieht und die Kinder einschließt, sobald diese sich völlig selbst überlassen sind. Andauerndes Heulen der Kleinen ist die Folge, während die Mutter lustig das Tanzbein schwingt und sich spät abends von ihrem Cavalier — der Gemann befindet sich nämlich noch in Gefangenschaft — heimbegleitet läßt.

Eröffnung des Spargelmarktes.

+ Ingelheim, 6. Mai. Der Obst-, Gemüse- und Spargelmarkt ist eröffnet worden. Bezahlt wurden am 20. April für das Pfund Spargel 1. Sorte 3,00 Mk., 2. Sorte 1,50 Mk., am 1. Mai 3,00 und 1,50 Mk., am 2. Mai 3,00 und 1,50 bis 1,75 Mk., am 3. Mai 3,00 bis 4,00 Mk. und 1,50 bis 2,00 Mk. und am 4. Mai 3,50 und 1,75 Mk. Für den Zentner Rhabarber wurden anfänglich 50 bis 55 Mk., zuletzt 40 bis 45 Mk. erzielt.

Gründung einer Mainzer Einwohnerwehr.

* Mainz, 5. Mai. Nach einem von allen Kreisen unterstützten Aufruf soll für die Stadt Mainz und ihre Vororte die Bildung einer Einwohnerwehr erfolgen, wie sie bereits in anderen Städten im Hinblick auf die Unruhen der letzten Monate und Wochen neuerdings eingeführt wurde. Diese Wehr soll der Stadt und ihren Bewohnern gegen Plünderungen verbrochener Elemente einen wirksamen Schutz verleihen. Das Unternehmen stellt sich somit in dankenswerter Weise in den Dienst der Allgemeinheit und darf deshalb auch der Unterstützung aller Schichten der Bevölkerung sicher sein.

Tuberkulosen-Bekämpfung.

* Bingerbrück, 6. Mai. Das Kreiswohlfahrtsamt für Tuberkulosenfürsorge hat im Jahre 1918 2300 Tuberkulose mit 4000 Familienmitgliedern in Fürsorge übernommen. 35 Männer und 138 Frauen wurden in Lungenerkrankungen untergebracht, außerdem 140 Tuberkulose in Krankenanstalten behandelt. Zur Verfügung gestellt wurden Betten, Bettzeug, 6519 Liter Mutterlauge, 14 300 kg. Sadelöl usw. Auch 363 strophulöse Kinder sind in Kreuznacher Kinderheilstätten behandelt worden, mit dem Kostenaufwand von 20 270 Mk. Insgesamt wendete das Kreisamt für die Tuberkulosenbekämpfung bis Ende 1918 die Summe von 151 134,06 Mk. auf. Die Einnahmen der Abteilung Tuberkulosenfürsorge stellten sich auf 10 657,77 Mk., die Ausgaben auf 18 823,25 Mk., jedoch sich ein Fehlbetrag von 8 165,48 Mk. ergab.

Waldmannsheil.

* Waldsiedelheim, 6. Mai. Zwei schwere Wildschweine und ein Fuchs wurden bei einer Treibjagd in unserer Gemarkung erlegt.

Die Butter wird billiger.

+ Aus Rheinhessen, 6. Mai. Es scheint, daß hinsichtlich der Butterverhältnisse für die Folge die Dinge sich doch ändern. Die ungemein hohen Butterpreise, die sich in letzter Zeit bei dem Ankauf hinten herum auf 18 und 20 Mk. und mehr für das Pfund Butter, die deswegen hinsichtlich der Güte noch lange nicht auf der Höhe zu sein brauchte, stellten, werden durch das vorhandene Angebot anderer fetthaltiger Nahrungsmittel beeinträchtigt. Die Folge davon war, daß die Preise in einigen Bezirken bereits heruntergehen. Vorerst ist dies in der Rheinpfalz und an der Nahe der Fall. Man darf damit rechnen, daß es auch in Rheinhessen bald besser wird. In Zweibrücken haben an den letzten Werttagen einige Bauernfrauen das Pfund Butter zu 6 Mk. angeboten und an der oberen Saar gelangte die Butter schon zu wesentlich niedrigeren Preisen zum Angebot.

Obst- und Gemüsepreise.

+ Aus der Rheinpfalz, 6. Mai. In der letzten Zeit stellte sich der Zentner Kefel und Birnen auf

360—410 Mk., bessere und beste Sorten auf 420 Mk. und höher. Für den Zentner Saatkartoffeln wurden 20—40 Mk., Speisekartoffeln 10—15 Mk., ausländische 15—18 Mk., Saatkartoffeln 24—25 Mk., Steckwiebels 50—65 Mk., Haushaltungszwiebels 24 Mk., Spinat 24 Mk., holl. Spinat 30—33 Mk., Gelberäben 16—17 Mk., Roteräben 15—16 Mk., Meerrettich 80—100 Mk., Rhabarber 42—44 Mk., Erdbeeren 14—16 Mk., holl. Rottkohl 45—46 Mk., Rottkohl 40—42 Mk., Weißkohl 30 Mk., holl. Weißkohl 35—36 Mk. bezahlt. Das Pfund Spargel wurde bei vereinzelter Verkäufen zu 2,00 abgegeben.

Der erste deutsche Gefangenentransport.

* Köln, 5. Mai. Der deutsche Generalstabsoffizier im Brückenkopf Köln teilt mit, daß am 5., 7. und 9. d. Mts., voraussichtlich zwischen 7 und 8 Uhr abends, die ersten deutschen Gefangenentransporte in Deutz eintreffen werden.

Die Rückgabe der Glocken.

* Für das Vaterland wurden zurzeit die Kirchenglocken mobil gemacht, d. h. sie sollten in die Schmelze wandern, um der Geschloßfabrikation zu dienen. Viele hat dieses Schicksal wirklich getroffen. Mehr noch stehen, wie es heißt, in den Lagern der Schmelzen und Sammelstellen. Sie sollen, wie die Regierung zusagte, zurückgegeben werden für den Entschädigungspreis. Bis jetzt hat man noch keinen Fall erfahren, daß eine Gemeinde ihre Glocken wieder erhalten habe. Dagegen gehen Gerüchte, daß mit dem Glockenmetall ein schwungvoller Handel getrieben werde. Die Regierung hätte allen Anlaß, hier nach dem Rechten zu sehen. Es wurde darum sehr begrüßt, als die Rückgabe zugesagt wurde. Wo bleiben denn nun die Glocken? Neue Glocken zum mehrfachen Preis sind schon zu haben. Woher? Aus dem alten Glockenmetall sicher. Die Schmelzen treiben anscheinend damit Handel. Die Herren Abgeordneten werden sich der Sache annehmen müssen. Jede Gemeinde muß das Material für neue Glocken wenigstens zum Preis, den sie für ihre alten Glocken erhalten hat, erwerben können. Sie hat dann durch den neuen Guß und das Aufhängen der Glocken noch Zubuße genug zu leisten. Eine Gemeinde hatte für drei Glocken 3115 Mk. erhalten, mußte dagegen für neue rund 9000 Mk. zahlen. Das fördert nicht die gute Stimmung im Volk, das ohne Ansehen der Religion an seinen Glocken hängt, wie an einem lieben alten Erbgut.

Seife ist kein Vogelfutter.

* Ein Lehrer in Sindlingen fand vor seinem Fenster zwei tote Amseln. Sie hatten von der dort zum Trocknen hingehängten Seife gegessen und sind daran auf der Stelle zugrunde gegangen.

Die Hauptlinge in Kamerun wollen deutsch bleiben.

* Wie die „Berl. Vol. Nachr.“ aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat eine Abordnung englischer Offiziere Kamerun bereist und sämtliche Hauptlinge befragt, welche Nation sie als Schutzmacht haben möchten. Die Mehrzahl sprach sich für eine deutsche Besetzung aus.

Buchdruckerstreik. Die Buchdrucker in Frankfurt a. M. sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen eine Erhöhung des Wochenlohns um 30 Mk.

Erzöffen. Wie der Berliner „Total-Anzeiger“ aus Gießen meldet, ist die Brauereifabrikation in der Gegend von Gießen, die der Buderus-Eisenwerke in Wehlar bei Laggons vollständig erzöffen. Die gesamte Belegschaft ist nunmehr brotlos.

Plünderer. Das Warenhaus Reed schätzte den Schaden, den es bei den Unruhen in Straßburg erlitten hat, auf mehrere Millionen Mark. Sonntagabend kam es zu neuen Plünderungen. Eine Menschenmenge zertrümmerte den Eingang des Warenhauses mit Handgranaten und raubte es aus, wobei scharfe Schüsse abgegeben wurden. Hierbei wurden zwei Personen aus der Menge verwundet, eine Person wurde getötet, ferner wurden drei Soldaten, die dem Greifswalder Bataillon angehören, verwundet.

Vermissten-Nachforschung. Die bei der Rückkehr unserer Kriegsgefangenen sich bietende Gelegenheit, über das Schicksal unserer Vermissten weitestgehende Aufklärung zu erhalten, soll vom Kriegsministerium in folgender Weise ausgenutzt werden: In den Durchgangslagern, welche die Kriegsgefangenen beim Eintreffen in der Heimat passieren müssen, erhält jeder Kriegsgefangene eine Liste der Vermissten seines Truppenteils mit Angehörigenadressen. Auf Grund dieser Listen sollen die Zurückgekehrten in den Durchgangslagern Angaben über das Schicksal ihrer Kameraden machen. Jeder erhält seine Liste auch beim Verlassen des Durchgangslagers, um auch später noch weitere Angaben machen zu können. Das Kriegsministerium kann diese Listen nicht vollständig ausstellen, da teilweise die Angehörigenadressen fehlen und noch Truppenumänderungen ausstehen. Es muß daher die Hilfe der Angehörigen in Anspruch nehmen und bitten, jeder, der bisher ohne irgendeine Nachricht über einen vermischten Kameradenangehörigen ist, um sofortige Übersendung einer einfachen Postkarte — keine Briefe oder Listen — mit folgendem Inhalt: Anschriftseite: An das Zentral-Nachweise-Bureau des Kriegsministeriums Berlin Rb. 7, Dorotheenstraße 48. Angabe der Adresse des Abwesenden. Rückseite: Angabe des Truppenteils, der Kompanie etc., des Dienstgrades, Namens, Vornamens, Geburtsdatum und Geburtsortes des Vermissten und Tag und Ort des Vermisshins (deutliche Schrift, ohne weitere Zusätze).

Schlachtviehpreise. Eine erhebliche Beunruhigung ist in der Landwirtschaft dadurch hervorgerufen, daß in der Provinz Schlesien die Schlachtviehpreise eine nicht unbedeutende Erhöhung erfahren haben. Die westfälische Landwirtschaftskammer hat eingekauft das Landesfleischamt unter Erneuerung ihrer früheren Anträge auf Erhöhung der Schlachtviehpreise auf das Unverwundbare einer solchen Ausnahme hingewiesen, hierauf aber die Nachfrist erhalten, daß die Festsetzung der schlachtviehpreise nicht vom Landesfleischamt ausgegangen ist, sondern eigenmächtig und ungesetzmäßig von dem Landesfleischamt vorgenommen wurde. Die Landwirtschaftskammer wird trotzdem nicht nachlassen in ihren Bestrebungen, eine baldige, den jetzigen Verhältnissen entsprechende Erhöhung der Schlachtviehpreise herbeizuführen, zumal eine solche nach ihrer Auffassung geschehen kann, ohne den Fleischpreis zu erhöhen, ohne also den Verbraucher zu belasten.

Bauernregeln für Mai. Rühler Mai bringt viel Heu. — Matentau macht grüner An. — Im Mai zartes und saftiges Gras, gibt gute Milch ohne Unter-

9. Belert Adam Etienne.